



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Paa

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 08.07.2016

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 14. Juli 2016, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften vom 28.04.2016 und 25.05.2016

2. Mitteilungen

3. 16-F-99-0001

Fragestunde

4. 16-F-01-0011

Finanzielle Hilfen des Bundes - Flüchtlingszuwanderung und Integration
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.07.2016 -

Kosten für die Aufnahme, die Unterbringung und die Erstbetreuung von Flüchtlingen/Asylbewerbern, sondern künftig auch aus Investitionen in Wohnraum und Städtebau, in Kindertageseinrichtungen und Schulgebäude, in die berufliche Qualifizierung inkl. Sprachförderung und aus den jeweils erforderlichen Betriebskosten. Personal in den Bereichen Gesundheit und Ordnung, in den Ausländer- und Meldebehörden oder Jugendämtern ist ebenso erforderlich.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist Teil einer Verantwortungsgemeinschaft aus Bund, Ländern und Kommunen. Integration findet vor allem in den Städten statt. Die Unterbringung und Versorgung gelingt in Wiesbaden bisher sehr gut. Sollten nun aber die Finanzierungsfragen nicht geklärt sein, können die Kommunen die Mittel für die notwendigen Integrationsleistungen nur unter Inkaufnahme von Leistungseinschränkungen bei anderen Leistungen oder massiven Erhöhungen der kommunalen Einnahmenseite, durch Erhöhung von Steuern und Gebühren, erbringen.

Neben den ohnehin wachsenden finanziellen Belastungen bei den Kosten der Unterkunft (KdU) ist künftig auch von steigenden Aufwendungen aufgrund einer zunehmenden Anzahl von Anspruchsberechtigten auszugehen: Viele der Flüchtlinge und Asylberechtigten werden in den kommenden Jahren Anspruch auf KdU erhalten. Bund und Länder haben sich auf eine Übernahme der flüchtlingsbedingten Unterkunftskosten geeinigt.

Nachdem die Bundesregierung die Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 um je eine Milliarde Euro entlastet hat und in 2017 um 2,5 Milliarden Euro entlastet wird, soll die Entlastung ab dem Jahr 2018 fünf Milliarden Euro betragen (über eine Aufstockung des Bundesanteils an den SGB II-Unterkunftskosten sowie eine parallele Erhöhung des gemeindlichen Umsatzsteueranteils). Die Ministerpräsidenten hatten durchgesetzt, dass eine Milliarde der 5 Milliarden Euro Kommunalentlastung an die Bundesländer geht. Die Länder stehen jetzt in der Pflicht, ihre am 16. Juni 2016 gegenüber der Bundesregierung gegebene Zusage einzuhalten, dass auch die über die Landeshaushalte verteilte eine Milliarde Euro ungekürzt und zusätzlich an die Kommunen weitergeleitet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihre grundsätzliche Haltung, dass für die Unterbringung von Flüchtlingen und die Integration von anerkannten Asylbewerber/-innen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und dies nicht zu Lasten bestehender Leistungen gehen darf.
2. Die Stadtverordnetenversammlung anerkennt die geplante Übernahme der flüchtlingsbedingten Mehrausgaben der Kosten der Unterkunft und die vollständige Übernahme der Wohnkosten anerkannter Flüchtlinge für die den nächsten drei Jahren durch den Bund.
3. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert, dass nach wie vor offen ist, wie nach 2018 mit diesen Lasten umgegangen wird. Hier hat die Stadtverordnetenversammlung die feste Erwartung, dass rechtzeitig eine entsprechende Anschlussregelung getroffen wird.
4. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Auffassung, dass nicht akzeptiert werden kann, dass von 5 Milliarden € lediglich 4 Milliarden € direkt an die Landkreise, Städte und Gemeinden weitergeleitet werden und eine Milliarde € über die Länder. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet aber, dass auch dieses Geld in voller Höhe an die Kommunen weitergeleitet wird.
5. Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Forderung des Deutschen Städtetages an, dass Bund und Länder die durch den plötzlichen Bevölkerungszuwachs entstehenden Investitionsbedarfe bei der ohnehin unterfinanzierten kommunalen Infrastruktur, vor allem im geförderten Wohnungsbau finanzieren.
6. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat und die in ihr durch Fraktionen vertretenen Parteien auf, auf allen politischen Ebenen (Städtetag, Mitglieder des Deutschen Bundestages, Mitglieder des Hessischen Landtages usw.) diesbezüglich tätig zu werden.

5. 16-F-02-0012

Interessenbekundungsverfahren zum Grundstück Wilhelmstraße 1
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 29.06.2016 -

Das Hotelbettenangebot in Wiesbaden ist seit Jahren nicht ausreichend. Das bestätigen der Hotel- und Gaststättenverband, die Industrie- und Handelskammer sowie die in der Wiesbadener Tourismusbranche tätigen Unternehmen. Das neue RheinMain-CongressCenter soll planmäßig Anfang 2018 eröffnen. Dadurch wird sich der Bedarf an Hotelkapazitäten in der Wiesbadener Innenstadt weiter erhöhen. Damit Wiesbaden den Anforderung eines innovativen Kongressstandorts gerecht wird, ist ein Neubau eines Kongresshotels direkt gegenüber auf dem Grundstück der Wilhelmstraße 1 dringend erforderlich. Voraussetzung für eine zeitnahe Umsetzung ist es, dass das durch Beschluss Nr. 0046 der Stadtverordnetenversammlung vom 12.02.2015 vom Magistrat in Gang gesetzte Interessenbekundungsverfahren neben dem Bürgerbeteiligungsverfahren weiter durchgeführt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, das Interessenbekundungsverfahren für den Verkauf des Grundstücks Wilhelmstraße 1 parallel zum beschlossenen Verfahren der Bürgerbeteiligung zur künftigen Bebauung des Grundstücks (Beschluss Nr. 0109 vom 25.05.2016), weiterlaufen zu lassen.

Der Magistrat wird ferner gebeten, bei erfolgreichem Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens das Grundstück Wilhelmstraße 1 an einen Hotelinvestor bestmöglich zu verkaufen, sofern das Bürgerbeteiligungsverfahren eine Hotelnutzung nicht ausschließt. Im weiteren Verlauf ist gemeinsam mit dem Käufer ein Architektenwettbewerb zu vereinbaren sowie eine weitere Beteiligung der Wiesbadener Bevölkerung vorzusehen.

6. 16-F-24-0003

Brennstoffzellentechnologie im Öffentlichen Personennahverkehr
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 23.06.2016 -

Die Reduzierung des Schadstoffausstoßes der Omnibusse im Öffentlichen Personennahverkehr stellt einen wesentlichen Beitrag zur Luftreinhaltung in unseren Städten dar. Die Abgasreinigung stößt jedoch bei dieselbetriebenen Bussen mit der Abgasnorm EURO VI an die Grenzen des Machbaren dieser Technik. Die Verkehrsunternehmen der Städte Wiesbaden, Frankfurt und Mainz untersuchen im Vorhaben H2-Bus Rhein-Main gemeinsam in Machbarkeitsstudien emissionsfreie Alternativen zu dieselbetriebenen Fahrzeugen.

Hierbei räumen die meisten ÖPNV-Unternehmen der Wasserstoff-Brennstoffzellen-technologie Vorrang ein, da ein erster Betrieb mit emissionsfreien Bussen vergleichsweise kurzfristig erfolgversprechend umgesetzt werden kann und auf eine teure Ladeinfrastruktur wie bei reinen Elektrobussen verzichtet werden kann. Mittelfristig soll durch den weiteren Ausbau von bestehenden oder zu entwickelnden Stadt-/Straßenbahnen und/oder den Einsatz von Trolley-/Oberleitungsbussen eine emissionsfreie Zukunft in den Städten erreicht werden.

Konkret bemühen sich die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden, die Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH, Mainz, und die TraffiQ, Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, mit einem Förderantrag um Zuwendungsmittel für Brennstoffzellenbusse durch die Europäische Union, die Bundesrepublik Deutschland und die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

auf die Landesregierung einzuwirken, das Vorhaben H2-Bus Rhein-Main mit Landesförderung zu unterstützen, damit auch in Wiesbaden durch das kommunale Unternehmen ESWE Verkehr Brennstoffzellenbusse getestet werden können.

7. 16-F-05-0008

Straßenreinigungssatzung
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 06.07.2016

8. 16-F-08-0032

Wiesbadener Ferienkarte - Teilhabechancen erhalten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 06.07.2016 -

Aufgrund von Kürzungen soll es die bisherige Ferienkarte, die bislang alle Wiesbadener Familien für 26 Euro kaufen konnten, in diesem Jahr nicht mehr geben. Der geplanten Einsparung von 75 000 Euro beim städtischen Ferienprogramm soll die bisherige Familienkarte zum Opfer fallen.

Außerdem wird es infolge dieser Kürzung die kostenlose Ferienkarte in diesem Jahr nur noch für 2 500 Kinder und Jugendliche aus Familien, die Leistungen nach SGB II beziehen, geben. Laut Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II für 2015 bezogen 9 422 Personen unter 15 Jahren und 3 845 Personen zwischen 15 und 25 Jahren Leistungen nach SGB II. Damit werden über 10 000 Kinder und Jugendliche, die an der Ferienkarte interessiert sein könnten, von einer gleichberechtigten Teilhabe und Teilnahme an den Freizeitveranstaltungen ausgeschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen:

1. Die Wiesbadener Ferienkarte bleibt erhalten.
2. Um eine weitere Verringerung von Teilhabechancen zu verhindern, werden die Kürzungen im Wiesbadener Ferienprogramm wieder zurückgenommen.
3. Der Magistrat wird beauftragt, eine Sitzungsvorlage zu erstellen, aus der die Deckung der erforderlichen Mittel hervorgeht.

9. 16-F-11-0001

Bürgerfreundlicher Plakatwahlkampf in Wiesbaden!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Freie Wähler/Bürgerliste Wiesbaden vom 06.07.2016 -

Vor wenigen Wochen war in Wiesbaden der Wahlkampf mal wieder allgegenwärtig. Im Vorfeld (und auch stellenweise noch sehr lange im Nachgang) der Kommunalwahlen konnte man wieder die Stadt Wiesbaden vor lauter Plakate kaum sehen. Unzählige Flächen, Bäume, Zäune, Laternen usw. wurden genutzt, um die unüberschaubare Masse an Wahlkampfplakaten zu positionieren. Um dieser unübersichtlichen Materialschlacht auf Kosten der Umwelt und des Stadtbilds wieder Herr zu werden, müssen die Richtlinien der Plakatierung endlich entsprechend geändert und angepasst werden.

Eine Initiative zu einer Einigung unter den Parteien und die Novellierung der Richtlinien Anfang 2015 brachten keine wesentlichen Ergebnisse.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. zeitnah ein Konzept für die Neuordnung der Wahlkampfplakatierung in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erarbeiten, welches bereits bis zur Bundestagswahl 2017 greift, um die Anzahl der

Plakate im Stadtgebiet merklich einzudämmen. Mögliche Optionen wären z.B. stadteigene Plakattafeln, die an prominenten Stellen in der Stadt aufgestellt werden könnten. Die Bewirtschaftung der Tafeln könnte zentral durch die Stadt erfolgen. Als weitere Option könnte die WALL AG im Rahmen der Stadtmöblierung mit einbezogen werden.

2. bei der Konzeption werden neben den Vorschriften des § 5 Abs. 1 und 2 des Parteiengesetzes, für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen die etablierten Parteien nach der Eingruppierung des Bundeswahlleiters und für die Kommunalwahl, die im Stadtparlament vertretenen und zugelassenen Parteien und Wählergruppen im Konzept mit berücksichtigt.

3. die Richtlinien der Stadt Wiesbaden „für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen zur Aufstellung von beweglichen Plakatständern und -tafeln sowie Transparenten der Parteien und Wählergemeinschaften in Wahlkampfzeiten“ werden bis zum Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 entsprechend ergänzt, geändert oder ggf. ersetzt.

10. Wahlen

10.1 16-V-01-4009

DL 28/16-6

Bildung von Kommissionen nach § 72 HGO und aufgrund besonderer Vorschriften und Beschlüsse für die Wahlzeit 2016 bis 2021

10.2 16-V-01-4005

DL 28/16-5

Bildung von Betriebskommissionen gemäß § 6 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) für die Wahlzeit 2016 bis 2021

10.3 16-V-01-4011

DL 26/16-2, 25/16-2

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden im Verwaltungsausschuss des Hessischen Staatstheaters und in verschiedenen Verbänden

10.4 16-V-30-0004

DL 28/16-9

Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer für den Widerspruchsausschuss

10.5 16-A-01-0001

Wahl zur Regionalversammlung Südhessen

10.6 16-A-01-0002

Wahl ehrenamtlicher Richter/innen beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof

11. 16-F-02-0002

Zukunft Ball des Sports

Antrag der CDU-Rathausfraktion zu TO I / TOP 11 der Tagesordnung vom 25. Mai 2016

ANLAGE

12. 16-F-01-0006

Wiesbaden ist eine vielfältige, weltoffene Stadt

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.04.2016 -

ANLAGE

13. 16-F-10-0001

Wiesbaden ist eine historisch gewachsene weltoffene Stadt

Antrag der AfD-Fraktion vom 24.05.2016

ANLAGE

14. 16-F-05-0007

Windkraft auf dem Taunuskamm

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 07.07.2016 -

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

Tagesordnung II

1. **16-V-01-0009** **DL 21/16-1**
Bericht zum Projekt Walkmühle

2. **16-V-01-0015** **DL 28/16-3, 27/16-2**
Bürgerbeteiligungsverfahren zum Neubau einer Eisbahn am 2. Ring

3. **16-V-01-0016** **DL 28/16-4**
Durchführung einer Bürgerbeteiligung zur zukünftigen Nutzung des Grundstückes
"Wilhelmstraße 1"

4. **16-V-04-0006** **DL 21/16-3**
Gesamtbericht der Lokalen Nahverkehrsorganisation nach Art. 7 Abs. 1 der EU-VO 1370/2007
für die Jahre 2012 bis 2015

5. **16-V-05-0003** **DL 21/16-4**
Bildung integriert Wiesbaden- Einrichtung eines ressortübergreifenden Bildungsmanagements

6. **16-V-06-0006** **DL 26/16-3, 25/16-3**
Neuausrichtung der städtischen Altenpflege;
Machbarkeitsstudie Moritz-Lang-Haus vx. Neubauvorhaben Standort Dotzheim

7. **16-V-12-0003** **DL 28/16-8**
Leitlinien für Bürgerbeteiligung
ANLAGE

8. **16-F-03-0044**
Leitlinien für Bürgerbeteiligung wie geplant einführen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2016 -
ANLAGE

9. **16-V-20-0009** **DL 17/16-4, 16/16-5**
Bericht über die tarifliche Zusatzversorgung
10. **16-V-20-0030** **DL 20/16-2**
Haushaltsplan 2016/2017 - Genehmigungs- und Begleiterlass der Aufsichtsbehörde
11. **16-V-20-0034** **DL 26/16-4, 25/16-4**
184. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2015: Großstädte" (Schlussbericht)
12. **16-V-33-0005** **DL 28/16-11, 27/16-5**
Entwurf eines Integrationskonzeptes für geflüchtete Menschen in Wiesbaden
13. **16-V-36-0005** **DL 21/16-5**
Klimaschutzbericht - Klimabilanz 2014
14. **16-V-40-0015** **DL 28/16-12, 27/16-6**
Rudolf-Dietz-Schule Neubau - Ausführungsvorlage -
15. **16-V-40-0017** **DL 28/16-13, 27/16-7**
Neue Innenstadtgrundschule - Personalbedarf
16. **16-V-40-0019** **DL 20/16-6**
Landesprogramm Pakt für den Nachmittag; Module und Elternbeiträge
17. **16-V-41-0013** **DL 26/16-5, 25/16-5**
Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Finanzierungsrahmen 2017-19
18. **16-V-50-0007** **DL 28/16-14**
Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden; Rücknahme der Beleihung im Rahmen des SGB II

19. **16-V-50-0010** **DL 26/16-6, 25/16-6**
Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II - Jahresbericht 2015
20. **16-V-51-0016** **DL 21/16-6**
Soziale Stadtplus, Neubau STZ Schelmengraben
ANLAGE
21. **16-V-51-0020** **DL 20/16-8**
Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2015
22. **16-V-52-0007** **DL 26/16-7, 25/16-7**
Zuschüsse für langlebige Sportgeräte 2016
23. **16-V-40-0014** **DL 20/16-5**
IM-Jahresabschluss 2015
24. **16-V-41-0007** **DL 20/16-7**
Wiesbaden-Biennale 2016 des Hess. Staatstheaters Wiesbaden; Nutzung von Außenflächen
25. **16-V-80-8001** **DL 28/16-16**
Fortsetzung Beschäftigungsprojekt Spielplatzbetreuung 2017 und 2018

Tagesordnung III

1. **16-A-02-0010**
Fraktionsfinanzierung

ANLAGE

2. **16-V-01-0013** **DL 26/16-1, 25/16-1**
Abschluss Projekt "Neuausrichtung der Revision"
ANLAGE
3. **16-V-01-0012** **DL 28/16-2, 27/16-1**
Einführung von einheitlichen Aufwandsentschädigungen für die Aufsichtsräte und Betriebskommissionen der Mehrheitsbeteiligungen
ANLAGE
4. **16-V-01-4013** **DL 28/16-7, 27/16-3**
Änderung der Entschädigungssatzung
ANLAGE
5. **16-V-01-0014** **DL 21/16-2**
Sonderkontingent im Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) für Kommunen mit Erstaufnahmeeinrichtungen - 1. Tranche
6. **16-V-01-4005** **DL 28/16-5**
Bildung von Betriebskommissionen gemäß § 6 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) für die Wahlzeit 2016 bis 2021 - Satzungsänderung
7. **16-V-01-4011** **DL 26/16-2, 25/16-2**
Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden im Verwaltungsausschuss des Hessischen Staatstheaters und in verschiedenen Verbänden
ANLAGE
8. **16-V-33-0004** **DL 28/16-10, 27/16-4**
Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden
ANLAGE
9. **16-V-51-0023** **DL 28/16-15, 27/16-8**
Neukonstituierung des Jugendhilfeausschusses
ANLAGE

10. 16-V-61-0015 **DL 22/16-1**

Bebauungsplan " St. Josefs-Hospital" im Ortsbezirk Südost - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

11. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Südlich der Gerichtsstraße"

11.1 16-V-61-0017 **DL 24/16-1**

Wohnbauflächenentwicklung - Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Südlich der Gerichtsstraße" im Ortsbezirk Mitte - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss -

ANLAGE

11.2 16-F-32-0001

Bebauungsplan „Südlich der Gerichtsstraße“ (SV 16-V-61-0017): Entwicklungs-möglichkeiten für öffentliche und halböffentliche Zwecke sichern, Nutzungskonflikte minimieren

ANLAGE

12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hochschule Moritzstraße"

12.1 16-V-61-0016 **DL 23/16-1**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hochschule Moritzstraße" im Ortsbezirk Mitte - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss - Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Revitalisierung des Stadtviertels - Südlich der Gerichtsstraße" - Wiesbaden 2011/03 im Ortsbezirk Mitte

ANLAGE

12.2 16-F-03-0050

Bebauungsplan „Hochschule Moritzstraße“ (SV 16-V-61-0016) / Städtebaulicher Vertrag - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.06.2016 -

ANLAGE

13. 16-V-30-0005 **DL 20/16-3**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VII (Wiesbaden-Sonnenberg/Rambach)

14. 16-V-30-0006 **DL 20/16-4**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II (Mainz-Kostheim)

Zu den nachfolgenden Punkten findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt:

15. 16-V-05-0004 **DL 29/16-2**

Schaffung einer Außenstelle der Gustav-Stresemann-Schule

ANLAGE

16. 16-V-20-0026 **DL 20/16-1**

Investitionscontrolling 1. Quartal 2016

Tagesordnung IV

1. 16-V-20-0031 **DL 20/16-1 NÖ**

Bürgerschaft

2. 16-V-20-0032 **DL 21/16-1 NÖ**

Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2015

3. 16-V-20-0033 **DL 26/16-1 NÖ, 25/16-1 NÖ**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2016

4. 16-V-20-0035 **DL 26/16-2 NÖ, 25/16-2 NÖ**

Anlage von Teilen der Erlöse aus einem Verkauf

5. 16-V-66-0101 **DL 28/16-1 NÖ, 27/16-1 NÖ**

Bauprojekt Zentrale Straßenmeisterei

6. **16-V-80-2308** **DL 26/16-3 NÖ, 25/16-3 NÖ**
Verkauf eines Grundstücks
7. **16-V-80-2313** **DL 21/16-2 NÖ**
Wohnbauflächenentwicklung Hainweg - Entwicklungs- und Herstellungskosten
8. **16-V-80-2315** **DL 28/16-2 NÖ, 27/16-2 NÖ**
Verkauf der Salzstraße, der Straße Am Rheinbahnhof, eines Teils am Ende der Pfälzer Straße und einer Fläche an der Glarusstraße
9. **16-V-80-2316** **DL 20/16-2 NÖ**
Verkauf eines Gewerbegrundstücks in Biebrich
10. **16-V-80-2317** **DL 20/16-3 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. Januar bis 31. März 2016 genehmigten Grundstücksgeschäfte
11. **16-V-80-2318** **DL 26/16-4 NÖ, 25/16-4 NÖ**
Verkauf eines Grundstücks in der Assmannshäuser Straße in Wiesbaden
12. **16-V-80-2320** **DL 26/16-5 NÖ, 25/16-5 NÖ**
Verkauf eines Grundstücks in Schierstein
13. **16-V-80-2325** **DL 28/16-3 NÖ, 27/16-3 NÖ**
Schulgrundstück Hollerbornstraße, Wiesbaden - Teilverkauf

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin